

# Pöfener Zeitung.

Dreiundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmsstr. 17) bei C. F. Mikri & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in Leseritz bei Ph. Matthias.

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Dautz & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 392.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 8. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, und an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

**Berlin, 7. Juni.** Der König hat geruht: dem Senats-Präsidenten von Berlin bei dem Oberlandesgericht in Köln den Charakter als Geheimrath mit dem Range der Räte zweiter Klasse zu verleihen; dem Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer v. Unruh von Glogowitz zum Landrath, und den ordentlichen Gemeindefullehrer Dr. phil. Hermann Finger zu Liegnitz gleichzeitig zum Regierungs- und Schulrath zu ernennen; ferner den praktischen Arzt Dr. Alexander Schlesinger und Dr. Emil Beuster in Berlin den Charakter Sanitätsrath, sowie dem Holz- und Rohlhändler Heinrich Günther in Potsdam, und dem Sattlermeister Georg Rastner zu Hannover das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.  
Der Regierungs- und Schulrath Dr. phil. Hermann Finger ist der königl. Regierung zu Liegnitz überwiesen worden. Dem Oberlehrer an der Realschule L. Ordnung zu Düsseldorf, Dr. August Bonigsheim, ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.  
Dem Landrath von Unruh ist das Landrathsamt im Kreise Glogowitz übertragen worden.  
Der Rechtsanwalt Kimmann in Ehrenbreitstein ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt a. M., mit Ausnahme der hessisch-nassauischen Lande, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Ehrenbreitstein ernannt worden.

## Politische Uebersicht.

Posen, 8. Juni.

Schon wieder ein Eisenbahnunglück! Diesmal bei Rampertheim, zwischen Mainz und Heidelberg; vor einigen Tagen ein anderes bei Blumenberg, seit Oktober v. J. überhaupt eine Reihe solcher Unfälle. Beim jüngsten Unfälle scheint die Pflichtvergessenheit eines Zugbeamten die Schuld zu tragen. Der betreffende Blumenberger Unfalls ist der Vorwurf noch unerwidert geblieben, daß die Strecke, als sie noch unter Privatleitung stand, 7 Jahre lang nicht für Güzüge benutzt wurde, und daß sie also, nachdem der Staat sie übernommen und Kurierzüge darauf gehen lassen wollte, vorher hätte revidirt werden müssen. Es scheint wirklich, als ob unser Eisenbahnwesen für eine strenge Revision aller Institutionen reif wäre.

Wenn die unten folgende Berliner Korrespondenz recht hat, so ist der kirchenpolitischen Vorlage gegenüber nicht nur die Festigkeit der Freikonservativen höchst zweifelhaft, sondern auch die Nationalliberalen beginnen schwankend zu werden. Daß das Zentrum im Nothfalle die Vorlage nicht im Stich lassen würde, dem schon es dieselbe lieber von Andern votiren ließe, erhellt aus dem Leitartikel der neuesten „Germania“, welcher folgendermaßen schließt:

„Wenn wir dem Reichskanzler rathen, für den Entwurf mit den beantragten wirklich friedlichen Amendements sein ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen, so thun wir das wahrlich nicht aus Selbstsucht, sondern im Interesse der Allgemeinheit sowohl als besonders auch des kirchlichen Bismarck selbst. Wir unterwerfen uns zuversichtlich, daß diese Evolution im „Kulturkampf“, wenn sie sich auch als Scheinmanöver entpuppen sollte, doch unsere Stellung wesentlich verbessern wird.“

In der gestrigen Sitzung der Kirchengesetz-Kommission wurde die Berathung des Art. 9 fortgesetzt. Zu demselben liegt folgender Antrag Windthorst vor: An Stelle und event. als Zusatz zu Art. 9 zu setzen: „Den Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. und 12. Mai 1873, 20. und 21. Mai 1874 und 22. April 1875 unterliegt das Spenden der Sakramente und das Lesen der Messe (Unteramendement v. Hammerstein: einzuschalten: „seitens gesetzmäßig angestellter Geistlicher“) nicht.“ Der Kultusminister erklärt im Allgemeinen, daß seine Bemerkungen zu den von der Kommission gestellten Amendements nur als vorläufige zu betrachten seien, die definitive Stellungnahme bleibe vorbehalten. Zum Art. 9 übergehend charakterisirt er die preussische Kirchengesetzgebung, im Unterschiede von der österreichischen kirchenpolitischen Gesetzgebung, dahin, daß erstere da, wo es auf Erzwingung gewisser von den kirchlichen Organen vorzunehmender Handlungen ankomme, den staatlichen Organen Zwangsmittel gegeben, dagegen da, wo es sich darum handle, die in Widerspruch mit der Staatsgesetzgebung vorgenommenen Handlungen zu abtönden, Strafgesetze erlassen habe. Auf letztere beziehe sich der Art. 9; er wolle die vorläufige Abhilfe mancher durch die Anwendung der fraglichen Staatsgesetze entstandener Nothstände dadurch ermöglichen, daß die Anwendung in Zukunft von einem Antrage des Oberpräsidenten abhängig gemacht werde. Der Antrag Windthorst dagegen verleihe die Kirchengesetzgebung im Wesentlichen der Gegenseite; denn wenn das Spenden der Sakramente und das Lesen der Messe ausgenommen werde, was bliebe dann von geistlichen Handlungen noch übrig? Die Benennungspflicht laufe dann Gefahr, illusorisch gemacht zu werden. Abg. Reichenberger bemerkt, er hätte erwartet, daß der Kultusminister seinen Einfluß dahin geltend gemacht hätte, daß außer den staatlichen auch ethischen, rein menschlichen Erwägungen ein weiterer Spielraum eingeräumt worden wäre, als geschehen ist. Abg. v. Cuny hebt hervor, daß der Art. 9 keineswegs sich darauf beschränke, diejenigen Strafgesetze, deren Anwendung einen Nothstand hinsichtlich der Seelsorge erzeugt habe, von dem Antrage des Oberpräsidenten abhängig zu machen, sondern daß dieser Artikel ferner gebe, den Rechtsschutz, welchen das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. Mai 1873 dem Oberpräsidenten abhängig zu machen, ebenso wie der Art. 2 dies hinsichtlich des Rechtsschutzes für den kirchlich unterdrückten Geistlichen gethan habe. Abg. Brühl verteidigt den Antrag Windthorst gegen den Kultusminister. Abg. Gneist führt aus, daß der Staat der Kirche gegenüber im Allgemeinen auf drei Arten von Mitteln beschränkt sei. Einhaltung der Temporalien, Strafgesetze und Zwangsmittel. Mache er von dem ersten Mittel Gebrauch, so klage man, daß der Staat in mittelalterlicher Brutalität Geistliche wegen ihrer geistlichen Handlungen mit Geld- und Gefängnisstrafen verfolge; würde er von dem dritten Gebrauch machen, so würde man über den Polizeistaat klagen. Welches Mittel bleibe ihm da noch? Man könne also das System der Strafgesetze nicht aufgeben. Organische Bestimmungen könne man nicht vom Belieben des Oberpräsidenten abhängig machen. Wenn diese Dinge in die Verwaltungswillkür gestellt würden, falle man wieder in den ganzen Sumpf der früheren Zustände zurück. Abg. v. Jeddig rath zu großer Vorsicht gegenüber den Anträgen des Zentrums. Insofern der Art. 9 in der That dienlich sei, einen Nothstand zu beseitigen, würden die Freikonservativen trotz großer Bedenken nicht abgeneigt sein, auf den Gedanken einzugehen; aber es müßten aus diesem Paragraphen alle Bestimmungen ausgenommen werden, bei welchen es sich gar nicht um einen Nothstand handle, und es müßte die Festhaltung an der Anzeigepflicht gewahrt werden. Er stimme dem Abg. v. Cuny darin vollkommen bei, daß der dem Laien gewährte Rechtsschutz nicht vom Antrage des Oberpräsidenten abhängig gemacht werden dürfe. Er beantrage, den Artikel dahin abzuändern, daß an Stelle der Worte: (die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Strafbestimmungen der) Gesetze vom 11. und 12. Mai 1873, 20. und 21. Mai 1874 und 22. April 1875 (finde nur auf Antrag des Oberpräsidenten statt) gesetzt werde: „Gesetze vom 11. Mai 1873, 20. und 21. Mai 1874, sowie vom 22. April 1875, bezüglich der Strafbestimmungen der erstgedachten drei Gesetze jedoch nur insofern, als es sich nicht um Verletzung eines Amtes unter Verletzung der Anzeigepflicht oder um die Ausübung eines unter Verletzung dieser gesetzlichen Verpflichtung übertragen oder übernommenen Amtes handelt.“ Abg. Windthorst polemisiert gegen Abg. Gneist, meint, es gäbe zu denken, daß in der Kommission gerade diejenigen Mitglieder sich principiell am schärfsten ausgesprochen hätten, welche den Universitäten angehörten, und stellt schließlich weitere Ausführungen im Plenum in Aussicht. Sein Antrag lasse dem Staate noch ein weites Gebiet von Zwangsmitteln übrig. Der Kultusminister weist die Angriffe des Abg. Windthorst auf das durch die Majestäts eingeführte Institut der Anzeigepflicht und des staatlichen Einspruchsrechts zurück. Abg. Graf Winkler gerode ist für Beseitigung oder doch wenigstens mögliche Einschränkung des Art. 9; er fürchtet, daß der Staat die Stellung des Oberpräsidenten schade, wenn er ihn gewissermaßen zum Polizeianwalt mache. Er selbst sei mit dem vollsten Mitgefühl für die Bedrängnisse, in welchen sich unsere katholischen Landsleute befinden möchten, und mit dem Wunsche, ihnen zu helfen, an diesen Art. 9 herangetreten, habe sich aber überzeugen müssen, daß ohne das Entgegenkommen der katholischen Hierarchie nicht zu diesem Ziele zu gelangen sei. An keiner Stelle aber bemerke man ein Entgegenkommen der katholischen Hierarchie, obwohl die von ihr anerkannte Gesetzgebung anderer Länder, z. B. Frankreichs und Oesterreichs, den Verweis liefere, daß sie füglich entgegenkommen könne. Abg. Franz behauptet, die Anzeigepflicht gehe nach den Majestäts weiter als in Oesterreich und Frankreich. Abg. v. Hammerstein begründet sein oben angeführtes Unteramendement zu dem Antrag Windthorst. Abg. Klotz weist, in demselben Sinne wie Abg. Graf Winkler gerode, auf das zwischen Oldenburg und der Kurie getroffene Uebereinkommen hin; was die Kurie Oldenburg habe zugestehen können, müsse sie auch Preußen zugestehen können. Der Nothstand in Preußen sei also durch die Hierarchie selbst verschuldet. Der Art. 9 wolle die Vergehen des Widerstandes gegen die Gesetze in Antragsvergehen verwandeln. Darin liege für die Staatsregierung die große Gefahr, daß sie dann dem Andrängen, den Antrag nicht zu stellen, nicht würde Widerstand leisten können. Ganz anders stehe es mit den Antragsvergehen des Strafgesetzbuchs; da handle es sich um den Antrag des Verletzten. Der Art. 9 sei unannehmbar. Abg. von Bennigsen meint, der Kultusminister werde sich aus dem Verlaufe der Diskussion überzeugen haben, daß der Art. 9 in der Fassung der Vorlage eigentlich bei allen Mitgliedern der Kommission Widerspruch gefunden habe. Aus dem, was die Zentrums-Mitglieder über die Anzeigepflicht gesagt hätten, gehe hervor, daß wir wieder in den Anfängen des Kulturkampfes ständen. Sie hätten so gesprochen, als ob solche Anzeigen ganz unstatthaft seien und unter keinen Umständen geübt werden dürften, während doch andererseits der Kultusminister fortwährend die Erfüllung der Anzeigepflicht als conditio sine qua non der Einigung bezeichnet und der Papst selbst sie als nicht unstatthaft anerkannt habe. Wenn später nach Ausweis der mitgetheilten diplomatischen Aktenstücke der Papst dieses Zugeständnis zurückgezogen habe, und wenn das Zentrum sich so schlechthin ablehnend über die Anzeigepflicht ausgesprochen, so müsse man immer wieder auf die Frage zurückkommen: Wozu dann die Vorlage? Was hofft die Regierung mit ihr erreichen zu können? So lange die Anzeigepflicht nicht erfüllt werde, habe sie selbst erklärt, keinen Gebrauch von der Vollmacht machen zu wollen; sobald dieselbe aber erfüllt werde, bedürfe es keiner Vollmacht. Er könne sich für Art. 9 nicht erklären; die Autorität eines Gesetzes, dessen Anwendung dergestalt in das Belieben gestellt werde, sei auf das Bedenklichste gefährdet. Abg. v. Schorlemer erklärt es für unbestreitbar, daß der Art. 9 gegen den Grundsatz der Verfassung verstoße, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich seien. Mit der Macht des Oberpräsidenten, wie Art. 9 sie ihm gebe, könnten die Gemeinden auf eine unerhörte Weise von ihm chikanirt werden, nicht bloß zu kirchenpolitischen, sondern auch zu anderen Zwecken. Der Abgeordnete Gneist habe gesagt, daß, wenn man dem Staate alle Mittel zum Zwang entzöge, er der Kirche gegenüber ohne Macht sein würde. Ob das denn so schlimm sei? Dann werde aber der christliche Staat und der konservative Staat wieder zum Vorschein kommen. Abgeordneter Dr. Weber verteidigt die Nationalliberalen gegen die Angriffe des Abgeordneten v. Schorlemer. Abgeordneter Windthorst repliziert und meint, man könne hinsichtlich der Anzeigepflicht in andern Staaten nachgiebiger sein, wenn vom Staat eine mildere Praxis zu erwarten sei, als in Preußen. Es könne in einem Staate wie Preußen, wo einer katholischen Minderheit eine protestantische Mehrheit gegenüberstehe, ernstlich in Frage kommen, ob die Ausübung der Staatshoheitsrechte hinsichtlich der Kirche nicht ganz und gar der parlamentarischen Einwirkung zu entziehen und der Monarchie in dieser Hinsicht wieder absolut zu stellen sei; einen Anfang dazu mache ja die Vorlage. Wenn der Kultusminister auf die in Elsaß-Lothringen dem Staate zustehende Genehmigung der Kantonalpfarrer hingewiesen habe, so werde der Papst eine dergestaltigen Theil der Pfarrer beschränkte Genehmigung wohl zuzugestehen bereit sein. Aber eine solche Einzelheit lasse sich nicht aus dem Kerne des Ganzen herauslösen. Was das Gesetz im Ganzen betreffe, so müße die in Aussicht gestellte Frist nichts; sie enthalte kein Komplotz zu den nöthigen organischen Aenderungen. Sie könne das Zentrum nicht beruhigen, denn die parlamentarische Mehrheit werde später zur Verlängerung der Frist bereit sein. Der Kultusminister beantwortete zwei Fragen des Vorredners dahin, daß die Nina'sche Depesche, durch welche die Kurie die in dem päpstlichen Briefe an den früheren Erzbischof von Köln gemachte Konzeption interpretirt habe, am 23. März und also früher ergangen sei, als die Kurie den Ministerialbeschluss vom 17. März gefasst habe, und daß die Vorlage in einem Theil ihres Inhalts nach der Natur der betreffenden Bestimmungen eine vorläufige sei. Abg. Graf Winkler gerode begründet sein Unteramendement zum Antrag Windthorst: anstatt der Schlussworte „das Spenden u. s. w.“ zu setzen: das Spenden der Sterbesakramente seitens gesetzmäßig angestellter Geistlicher nicht, welche zur Verleistung ihres Amtes nicht für rechlich unfähig erklärt sind.“ Nach kurzen Erklärungen der Abg. von Bergenroth und Windthorst wird zur Abstimmung geschritten. Der Unterantrag Winkler gerode wird gegen 2 Stimmen abgelehnt, desgleichen der Prinzipalantrag Windthorst gegen 6 Stimmen, das Amendement v. Jeddig gegen 8 Stimmen, das Amendement v. Hammerstein gegen 5 Stimmen, der Zusatzantrag Windthorst gegen 8 Stimmen, die Regierungs-vorlage endlich gegen die 5 Stimmen der Freikonservativen, sodann auch der vom Abg. Brühl beantragte Art. 9a gegen 6 Stimmen. Derselbe lautete: „Auf eine Verabgung der Absolution im Beichtstuhle leidet die Strafbestimmung im § 5 des Gesetzes vom 17. Mai 1873 keine Anwendung. Auch wird die Verfündung einer Verfügung gesetzlich zulässiger Straf- und Zuchtmittel innerhalb der Kirchengänge nicht gestattet, unbeschadet jedoch der Vorschrift im § 4 Nr. 3 des gedachten Gesetzes.“ Das Ergebnis der heutigen Verhandlung ist danach die Ablehnung sämtlicher Amendements und des Art. 9 selbst.

Der hamburger Senat hat dem Bundesrathe nunmehr eine Denkschrift bezüglich des preussischen Antrages über den Zollanschluß der Unterelbe zugehen lassen. Die Denkschrift soll in durchaus sachgemäßer Weise die juristische Unzulässigkeit und die technische Undurchführbarkeit des Antrages nachweisen. Die erste Berathung des letzteren im Bundesrathe wird jedenfalls so lange ausgesetzt, bis die Referenten und die Regierung zu der Denkschrift Stellung genommen haben.

Der königlich bairische Gesandte am hiesigen Hofe v. Rudhart hat am Sonntag Nachmittags seinen zweimonatlichen Urlaub angetreten; während seiner Abwesenheit ist mit der Führung der Geschäfte der Legationsrath v. d. Pfordten beauftragt worden.

Der Fürst von Rumänien wird seine längst projektirte Reise nach Deutschland zu Anfang Juli ausführen. Derselbe begiebt sich mit großem Gefolge zunächst nach Wien und von dort zum Besuche seines Vaters, des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen. Kaiser Wilhelm, der sich um diese Zeit wie alljährlich wahrscheinlich auf der Insel Mainau befindet, wird den Fürsten dort empfangen, wenn er sich nicht, was noch nicht ausgeschlossen ist, direkt von Ems nach Berlin begeben und dann den Fürsten hier empfangen sollte.

Der Zusammentritt der Botschafter-Konferenz in Berlin ist nunmehr, wie dem „W. T. B.“ aus Wien gemeldet wird, auf den 16. d. M. festgesetzt.

Die Nachricht von der bevorstehenden Konferenz hat — wie der „Köln. Ztg.“ von Berlin geschrieben wird — Privatberichten aus Konstantinopel zufolge bei dem Sultan und der Pforte einen günstigen Eindruck gemacht. Obgleich die Konferenz bekanntlich einer Zustimmung der Pforte keineswegs untergeordnet wurde, entspricht es doch dem Geiste der Vermittelung nach dem Berliner Frieden, der ihre Beratungen bestimmen soll, daß die Türkei, wie zu hoffen steht, keine Einwendungen dagegen erhebt. Auch kann die spätere normale Ausführung der Konferenzentschlüsse durch das Einverständnis der Pforte nur gefördert werden. Man versteht auch in Konstantinopel, daß der Charakter der Vermittelung, welchen die Konferenz haben wird, die direkte Beteiligtheit der Türkei und Griechenlands ausschließt. Bei der früher beabsichtigten internationalen Kommission hatte die Türkei ihre Zulassung verlangt und dadurch auch die gleichmäßige Forderung Griechenlands hervorgerufen, weil die Kommission auf türkischem Boden thätig sein sollte, in den Augen der Pforte daher die Prärogative des Sultans in Frage kam, was jetzt nicht der Fall sein wird. In hiesigen politischen Kreisen verspricht man sich eine günstige Leitung der Beratungen durch den Vorsitz des Fürsten Hohenlohe, der, als früherer Präsident der Redaktions-Kommission des Kongresses, mit den einschlagenden Fragen vertraut ist.

Journalistenduelle sind das Salz der pariser Tagesereignisse; daher sich denn ganz Paris innerlich bei den Herren Rochefort und Böcklin herzlich für die kleine Abwechslung bedankt, die sie ihm durch ihren Streit bereitet haben. Den Schaden davon hat nur die Familie Rochefort zu tragen, die jetzt eine Schramme am Bauch, eine Beule auf dem Kopf und einen Stich in der Seite befißt, vorausgesetzt, daß Rochefort Vater mit dem Leben davonkommt, wie dies die Telegramme Clemenceau's und seiner Freunde andeuten. Inzwischen sind bereits drei weitere „Chrenhändel“ im Werk, so daß ein förmlicher „Rattenkönig von Duellen“ aus dem Rochefort'schen Stalld entstanden ist. Arthur Meyer, Direktor des „Gaulois“, welcher die beiden Rocheforts scharf angreifen ließ, ist von Valentin Simon, Redakteur des „Mot d'Ordre“, gefordert worden, da der Vaterneemann selbst noch kampfunfähig ist; Lajeune Villars, welcher die gegen Rochefort gerichteten Artikel des „Gaulois“ schrieb und deshalb in Genf von Rochefort Sohn gefordert wurde, hat dessen Sekundanten Lepelletier vom „Mot d'Ordre“ fordern lassen, weil er sich nicht mit einem Schulbuben schlagen wollen, und Lepelletier gab deshalb eine für ihn beleidigende Erklärung ab. Lajeune Villars hat nun außerdem Arthur Meyer, Direktor des „Gaulois“, fordern lassen. Er trat nämlich am 1. von der Redaktion des „Gaulois“ in die des „Figaro“ über und ersteres Blatt erlaubte sich deshalb bei Ge-



Legenheit der von Rochefort Sohn an ihn erlassenen Forderung einige schöne Bemerkungen. Es fehlt nur noch, daß all diese Duellen gleichzeitig in einem pariser Zirkus mit theatralischen Veranstaltungen ausgeführt werden. Das Eintrittsgeld könnte zum Besten irgend einer Irrenanstalt verwendet werden.

Ueber die hirmanischen Unruhen meldet ein Korrespondent des „Standard“ unterm 3. d. aus Thayet in: „Ich habe heute dem Lager der Ausständigen einen Besuch abgestattet. Es befanden sich nicht mehr als zweihundert Mann an Ort und Stelle, allein man versicherte mir, daß die gleiche Anzahl sich im Schilfmoor verborgen halte. Bei dem gestrigen Gefechte soll Mungohes Bande Reifaus genommen und sich auf britisches Gebiet geflüchtet haben. Der Führer selber hat den Schutz der britischen Behörden beansprucht, ist jedoch bei der allgemeinen Verwirrung plötzlich verschwunden. Man glaubt, daß er in dem Dorfe Mobung auf britischen Boden Unterkunft gesucht hat. Unterdessen haben die Ausständigen sich aufgelöst und im Lande zerstreut. Das Ergebnis des Kampfes sind vier getödtete Soldaten und ein verwundeter Empörer. Die Erhebung ist ganz und gar bedeutungslos. Der ganze Plan war schlecht angelegt.

Eine aus Rangun vom 7. Mai datirte Korrespondent der „Daily News“ giebt interessante Aufschlüsse über die Ursache der neuerdings in Birma ausgebrochenen Revolution. Es heißt darin u. a.:

Es fehlt noch immer an glaubwürdigen Nachrichten aus Mandalay. Das Volk lebt noch unter dem gleichen Schrecken und die Zahl der Flüchtlinge aus der königlichen Stadt hat sich wieder um ein Erflechliches vermehrt; die Leute suchen den Frieden und Sicherheit vor dem namenlosen Schrecken, welcher augenscheinlich über ihren Häuptern schwebt. Diese Flüchtlinge erzählen selbstverständlich gar Gräuliches über das, was bevorstehen soll, allein diese Berichte verdienen nur halbwegs Glauben, wenn sie nicht von anderer Seite bestätigt würden. Jedoch alle einflußreicheren Birmanen, Geldwechsler, Kaufleute und andere, welche mit allem Volk von Mandalay in Verbindung kommen und deren Interesse es wäre, die Panik zu beschwichtigen, reden in geheimnißvoller Weise von dem, was kommen dürfte. Man spricht nicht mehr von einer Verschiebung des Palastes, etwas abseits von seiner gegenwärtigen Lage. Kurz, es fehlt an jeder bestimmten Nachricht. Die von den Birmanen erwartete Katastrophe mag die Niedermetzelung der Opfer, die Verlegung der ganzen Stadt, oder die Ermordung Thibaus selber sein. Man behauptet, daß einer seiner Palastwächter in letzter Woche einen verzweifelten Anschlag gegen sein Leben gemacht hat, allein es gehen solche wilde Gerüchte um, daß man nicht gern allem Glauben schenkt. Nicht eine einzige Lotterie kam zum Abschluß, seitdem die Panik im April ihren Anfang genommen. Die Lotteriebuden stehen thatfächlich leer. Aus dieser Quelle bezog Thibau in letzter Zeit gerade hinreichend Geld, um seine Truppen zu bezahlen. Die Leute sind an eine regelmäßige Auszahlung ihres Lohnes gewöhnt, und deshalb um so eher geneigt sich zu empören oder auszureißen, falls eine Störung eintritt. Der Krach dürfte daher in zwei oder drei Monaten zu erwarten sein. Einige sagen, der Kinnun Mingyi sehe denselben voraus und treffe Vorbereitungen. Etwa vor einem Monat hat er eine Reise durch die Provinzen gemacht. Man sprach viel darüber, was es zu bedeuten habe, daß solch ein hoher Beamter in solch ernster Krisis sich von der Hauptstadt entferne. Man erzählt sich jetzt insgeheim, daß die Wanderschaft nur ein Vorwand gewesen, und der Kinnun Mingyi weiter nichts beabsichtigt habe, als sich persönlich zu überzeugen, daß die verzweifelten jungen Prinzen, denen er bei der Meisele von 1879 das Leben gerettet, gesund und wohlbehaltend seien. Man behauptet, daß er dieselben im Falle einer Revolution oder eines Ablebens Thibaus für den Thron vorzuschlagen wünsche. Sicher ist, daß die Partei Khounng Vans eine mächtige Anstrengung zu dessen Gunsten machen wird. England kann ihm kaum verwehren, sein Interesse im Auge zu behalten. Es ist daher alle Aussicht auf baldige ernste Unruhen in Ober-Birma vorhanden.

### St. C. Ergebnisse des Ersatzgeschäftes.

Wie alljährlich, so hat auch für 1879 das königlich preussische Kriegsministerium eine Uebersicht über die Ergebnisse des Ersatzgeschäftes im gesammten Reichsgebiet mit Ausnahme Baierns zusammengestellt. Das Resultat ist folgendes: In den alphabetischen und Restanten-Listen wurden überhaupt 1,135,292 Militärlastpflichtige geführt; doch sinkt deren Zahl auf 783,539, wenn man 33,062 als unermittelt in den Restantenlisten geführt, 95,260 ohne Entschuldigungsverordnung von der Stellung fortgebliebene und 223,431 anderwärts gestellungspflichtig gewordene, also doppelt gezählte Personen in Abzug bringt.

Die Klasse der Zwanzigjährigen, im Jahre 1879 in das militärlastpflichtige Alter eingetretenen Personen betrug nach Abzug der anderwärts gestellungspflichtig gewordenen (94,469) und deshalb doppelt in den Listen geführten noch 399,944 Mann, von denen indessen 40,479 ohne Entschuldigungsverordnung ausbleiben sind. In der letztgenannten Zahl sind jedoch viele inzwischen gestorbene, sowie alle vor Erreichung des zwanzigsten Jahres ins Ausland verzogenen und verschollenen Personen enthalten, deren Tod oder Auswanderung nicht zu amtlicher Kenntniß der Ersatzbehörden gelangt ist. Die betreffenden Namen werden, soweit der Verbleib ihrer Träger nicht inzwischen aufgeklärt ist, in die Aushebungslisten der nächstfolgenden Jahre übernommen und schließlich, nach der dritten Konkurrenz, größtentheils als unermittelt geblieben abgesetzt. Nur über ungefähr den sechsten Theil der von der Klasse der Zwanzigjährigen bei der ersten Stellung ohne Entschuldigungsverordnung fortgebliebenen pflegt man im Laufe der nächsten Jahre verlässliche Auskunft zu erhalten.

Von den 783,539 im Jahre 1879 militärlastpflichtigen Männern waren bereits 16,515 freiwillig in das Heer oder die Marine eingetreten; ferner wurden 114,529 ausgehoben, und 15,541 Mann, welche diensttauglich und abkömmlich waren, aber nicht mehr ausgehoben werden konnten, da der Ersatzbedarf bereits gedeckt war, blieben überzählig.

Im Ganzen sind demnach im deutschen Reiche mit Ausschluß von Baiern 146,585 Mann diensttauglich und abkömmlich gewesen, d. i. 18,71 Prozent der nach Abzug der doppelt gezählten, sowie der unermittelt gebliebenen und nicht zur Stellung erschienenen Militärlastpflichtigen.

Als moralisch unwürdig wurden 1126 vom Militärdienste ausgeschlossen und 80,013 Mann wegen körperlicher Gebrechen und Krankheiten, welche dauernd untüchtig zum Militärdienste

machen, ausgemustert. Es verblieben hiernach noch 555,815 Mann, von denen 430,357, d. i. 77,43 Proz. vorläufig zurückgestellt worden sind, während 66,974 der Ersatzreserve I. Klasse, 58,094 der Ersatzreserve II. Klasse und 390 der Seewehr überwiesen wurden.

Die der Ersatzreserve I. Klasse Ueberwiesenen gehörten weit überwiegend (54,924) der Klasse der Zweiundzwanzigjährigen an, doch befanden sich darunter auch 5,789 Zwanzigjährige, 4569 Einundzwanzigjährige und 1692 Personen, welche bereits älter als 22 Jahre waren. Abgesehen von den 5789 Zwanzigjährigen, deren militärische Diensttauglichkeit nur in so geringfügigem Maße beeinträchtigt war, daß sie der Ersatzreserve I. Klasse überwiesen werden konnten, bestehen die Mannschaften dieser Kategorie aus Militärlastpflichtigen, welche anfänglich wegen mangelhafter körperlicher Entwicklung, Schwächlichkeit, leichterere dereinstige Heilung in Aussicht stehender Krankheit oder in Berücksichtigung der im Geseze vorgesehenen persönlichen und Familienverhältnisse nicht ausgehoben werden konnten, inzwischen jedoch körperlich diensttauglich geworden sind.

Von den 114,529 zur Aushebung Gelangten wurden 112,515 für das Heer, und zwar 109,304 für den Dienst mit der Waffe und 3211 für den Dienst ohne Waffe, ausgehoben und 2014 für die Flotte bestimmt; von den letzteren gehörten 672 der Landbevölkerung und 1342 der seemannischen Bevölkerung an.

Bei allen obigen Zahlen sind die Ausweise aus Baiern nicht berücksichtigt. In den Listen dieses Königreiches wurden 103,368 Gestellungspflichtige geführt, von denen 3549 unermittelt blieben, 3732 ohne Entschuldigungsverordnung ausbleiben, 29,846 vorläufig zurückgestellt wurden und 17,059 zur Aushebung gelangten. Letzteren traten 1611 Drei- und Vierjährig-Freiwillige hinzu.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 7. Juni. [Zur kirchenpolitischen Vorlage.] Es wird mit Hochdruck darauf hingearbeitet, für die Pause zwischen der ersten und der zweiten Lesung der kirchenpolitischen Vorlage in der Kommission unter den Nationalliberalen eine Stimmung zu erzeugen, welche der Eröffnung einer Konkurrenz zwischen ihnen und den Klerikalen um die Ehre, gemeinschaftlich mit den Konservativen die Majorität zu bilden, günstig wäre. Einige Führer der nationalliberalen Fraktion sollen bereits darauf vorbereitet sein, nach dem schon feststehenden Fiasco der ersten Kommissions-Lesung zu Hilfe gerufen zu werden; wenn die „Nat.-Ztg.“, welche die Vorlage bisher durchaus verwarf, sich gestern plötzlich — um mit Herrn v. Puttkamer zu reden — den Kopf des Kanzlers zerbrach über das Problem, wie der Entwurf umgestaltet werden müßte, um eine auch die Nationalliberalen umfassende Majorität zu ermöglichen, so ist das ein Anzeichen dafür, daß demnächst sich im Allgemeinen die Situation vom vorigen Jahre zwischen der zweiten und dritten Lesung des Tarifs wiederholen wird. Zu diesen Anzeichen gehört auch die in der neuesten Nummer der „Köln. Ztg.“ enthaltene Mittheilung über Aeußerungen des Fürsten Bismarck, welche heute vielfach besprochen wurde. Die darin enthaltene Klage, daß die parlamentarischen Führer ihre bessere Einsicht dem Willen der Masse ihrer Fraktion unterordneten, erklärt sich durch die f. Z. von uns erwähnte Thatfache, daß der Kanzler mit dem Verfuße, die Nothwendigkeit der diskretionären Vollmacht einigen nationalliberalen Führern plausibel zu machen, bei denselben mehr Glück hatte, als diese Herren nachher bei dem Gros ihrer Fraktionsgenossen. Aber schwerlich werden die letzteren nachträglich gewonnen werden durch die wenig schmeichelhafte Charakteristik, welche ihrer Intelligenz und ihrem „byzantinischen Servilismus“ gegen die Wähler“ in den Aeußerungen des Kanzlers zu Theil wird, oder durch die doch wohl etwas allzu offenerzige Kritik unseres Parlamentarismus, welche darin enthalten ist, daß Fürst Bismarck erklärt, es vertrage sich nicht mit seinem Selbstgefühl, sich direkt einer Niederlage im Landtag auszuweisen, darum nehme er an dessen Verhandlungen keinen Theil. Angesichts der Komplimente für die Führer und der Ausfälle gegen das Gros der Fraktionen — gemeint ist nur die national-liberale — erinnert man sich übrigens, daß während der Wahltagation nach der Auflösung von 1878 umgekehrt die Führer als Verführer ihrer im Grunde des Herzens tugendhaft gouvernementalen Parteigenossen mit dem Anathema belegt wurden, welchem damals nicht einmal Herr v. Bennigsen entging. Und der beabsichtigte Eindruck der Drohung, daß Fürst Bismarck sich auf die auswärtigen Geschäfte beschränken werde — eine Eventualität, welche nachgerade sehr Vielen keineswegs erschreckend erscheint — wird doch wesentlich beeinträchtigt durch die Erinnerung daran, wie Fürst Bismarck früher dargelegt, daß die Reichsangelegenheiten sich nicht leiten ließen ohne Verfügung über die preussischen Bundesraths-Stimmen. Immerhin wäre es möglich, daß gerade jene Begrenzung der früheren, ganz allgemeinen Demissions-Drohung Manden dieselbe eher vereinbar mit dem „niemals“ des Kaisers erscheinen ließe, daß schwache Gemüther fänden, die in Aussicht gestellte Beibehaltung der auswärtigen Angelegenheiten mache den Rücktritt Bismarck's von den übrigen Regierungsgeschäften um so glaublicher, und um so ernsthafter werde die Gefahr eines „konservativ-klerikalen Kabinetts“. Aber es handelt sich um nichts Anderes, als darum, wenigstens einen Theil der Liberalen zur Uebernahme der Mitverantwortlichkeit für die Nachgiebigkeit gegen den Klerikalismus, die andernfalls unzweifelhaft ohne sie erfolgt, zu veranlassen.

## Pocales und Provinzielles.

Posen, 8. Juni.

r. Sommerfeste und Kränzchen. Am Sonnabend und Sonntag hielten mehrere Vereine ihre ersten diesjährigen Sommerfeste und Kränzchen ab, die allerdings durch das ungewöhnlich schlechte Wetter,

welches wir seit einigen Tagen haben, wesentlich gestört wurden, besonders am Sonnabend, wo es gerade gegen 7 Uhr Abends zu regnen begann. Die Schüngilde feierte ihr Fest bei trotz Regens recht lebhafter Betheiligung Sonnabend Abends im Schüngilde. In dem Theile des Saales gegenüber dem Buffet war eine kleine Bühne errichtet. Nachdem von einer Dame der Festprolog deutscher und polnischer Sprache vorgetragen worden war, wurden Mitgliedern der Gilde und deren Angehörigen zwei Schwänke aufgeführt, und zwar in deutscher Sprache „Verfälschte Bräutigam“, „Ein gebildeter Hausknecht“, in polnischer Sprache „Das Geheimniß“. Hieran schloß sich ein von einer Dame vorgetragener Sologesang. Nachdem hierauf die Bühne abgebrochen war, begann das Tanzessen, welches bis zu früher Morgenstunde dauerte. Besonders der von acht Paaren im Kostüm getanzte Mazur. Während der Pause wurde nach Mitternacht eine Festtafel aufgestellt, an welcher speist und zahlreiche Toaste ausgebracht wurden. Nach der Tanztafel tanzte ein Tänzer mit großer Gewandtheit „Kosak“. Das Fest, die erste dieser Art in der Schüngilde seit 15 Jahren, nahm, Dank den Bemühungen besonders des Festordners, Herrn Rappold, und der Tanzordners, Herrn Schönburn, einen in hohem Maße befriedigenden Verlauf. — Der Allgemeine Männerverein, der im Frühling bereits zwei Mal wegen regnerischer Witterung verschoben worden war, hielt dasselbe bei guter Betheiligung Sonnabend Abend von 5 Uhr ab im Restaurant des zoologischen Gartens ab. Sonntag Abend fand von 5 Uhr ab im Heilbrunn'schen Volksgarten eine gefällige Zusammenkunft des Posener Landwehroers statt, zu der sich im Laufe des Abends, da sich auch Wetter hielt, mäßig recht viele Festgenossen einstellten. Konzertstücke der Musik des Etablissements wechselten mit Vorträgen des Landwehroers Vereins unter Leitung des Herrn Stolzmann. Von den Mitgliedern des Volksgarten-Theater-Personals wurde das komische Spiel „Die Wälschenbräut“ von Waldmann aufgeführt, und von Herrn Schüngel-Morelli, dessen Gesellschaft gegenwärtig auftritt, eine Reihe wohlgeklungener patriotischer Bilder auf der Tafel unter lebhaftem Beifall vorgeführt. — Die Volksliedertafel feierte am Sonnabend im Reichsgarten ihr 13. Stiftungsfest, während der polnische Industrieverein in Urbanowo in der polnische Buchdruckerverein im Viktoriapark sein Sommerfest abhielt.

r. Die Provinzial-Taubstummen-Schule zu Bromberg, welche aus einem von dem damaligen dortigen Bürger-Schul-Schmidt i. J. 1871 ins Leben gerufenen und später von der Provinzialständigen Verwaltungs-Kommission, der Stadt und dem Bromberg subventionirten Unternehmen hervorgegangen ist, wurde im Jahre 1877 definitiv von der Provinz übernommen, nachdem die Uebergabe bereits im August 1876 erfolgt war. Bei Uebernahme der Schule waren 17 Schüler anwesend; im Jahre 1877 wurden der Schule 13 Schöngilde überwießen, welche bei Bürgern Brombergs in Kost- und Pflege gegeben wurden. An der Anstalt unterrichten außer dem ständigen Lehrer, Herrn v. Puttkamer, zwei weitere Lehrer an der Taubstummen-Anstalt zu Posen (Herrn v. Puttkamer, Nordmann, Biedermann und Berndt), während der Industrie-Unterricht von der Frau Vorsteherin ertheilt wird. Die Anstalt wurde im Oktober 1879 von Schulkindern, welche Stillschulen inne haben, und außerdem von Schülern, von denen 9 freien Unterricht erhalten und nur 3 Schulgeld von jährlich 60 Mark zahlen, besucht. Von diesen 35 Schülern waren 24 evangelisch, 10 katholisch, 1 mosaisch; dieselben sind in 4 Klassen unterrichtet. Seit dem Bestehen der Anstalt (August 1876) sind aus derselben 15 Schöngilde entlassen worden, von 9 nach vollendeter Ausbildung, resp. Konfirmation. Dem Uebersicht, daß sich die Anstalt bisher noch nicht im Besitz eines eigenen Grundstücks befand, ist dadurch abgeholfen worden, daß von dem 35-jährigen XXI. Provinzial-Landtag zum Ankauf des Grundstückes, auf welchem bisher die Anstalt zur Miete untergekommen war, 32,000 M. bewilligt worden sind. Der Etat für die Anstalt 1880/81 wurde auf 19,500 M. festgesetzt, wovon 19,300 M. an Unterhaltungs-Zufuß aus der Provinzial-Instituten-Kasse, 9770 M. an Besoldungen, 7980 M. zur Verpflegung und Bekleidung der Zöglinge.

Δ Gnesen, 5. Juni. [Gymnasial-Vorschule.] Nr. 386 dieser Zeitung enthaltene X-Korrespondenz-Nachricht, welche hier am 1. Juli eine Gymnasial-Vorschule eröffnet werden, ist Unterhaltung die Stadt auf eigene Rechnung übernehmen, ist korrekt. Das Unterrichtsministerium hat die Errichtung einer solchen Schule seinerseits in Aussicht gestellt, wenn die Stadt für ein Jahr sich zur Uebernahme der etwa nicht durch das eingehende Schulgeld gedeckten Unterhaltungskosten verpflichtet. Diese Verpflichtung unter gewissen Bedingungen zu übernehmen, hat die Stadtgemeinde sich bereit erklärt und es werden jetzt die weiteren Schritte seitens der Schulbehörde erwartet. Vor Michaelis d. J. dürfte schmerzlich die Öffnung der betreffenden Klasse stattfinden, wie sehr dies auch schon wünschenswerth ist.

—r. Kiebel, 6. Juni. [Kaiser Wilhelm als Schöngilde.] Bei unserem diesjährigen Pfingstfesten hat, wie bereits mitgeteilt worden, unser stellvertretender Bürgermeister Klebe Se. Majestät den Kaiser den besten Schutz gethan, wovon Sr. Majestät telegraphische Nachricht gegeben wurde. Hierauf ist folgendes Antwortschreiben d. d. Berlin, 26. Mai eingetroffen: „Se. Majestät der Kaiser und Königin haben das Telegramm vom 18. d. M. empfangen, welchem bei dem dortigen Schöngilde der stellvertretende Bürgermeister Klebe für Se. Majestät den besten Schutz in die Scheibe abgegeben hat; mit Bezug hierauf wollen Se. Majestät für dieses Jahr die Schöngildenswürde annehmen, was ich dem Vorstände hiedurch mittheile. Der Geheim-Kabinetts-Rath, Wirklicher Geh. Rath (geh.) v. Wilmsdorf.“ Es herrscht hier ob dieser gnädigen Antwort in der Schöngilde wie im ganzen Städtchen große Freude.

Δ Schneidemühl, 4. Juni. [Berathung des Städtischen Etats.] Weil der Magistrat den von dem Stadtverordneten Kommissions-Etat nicht acceptirt hatte, hatte eine gemischte Kommission denselben nochmals beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde gestern den Stadtverordneten vorgelegt. Auf eine Amendement-Deputation wird jetzt verzichtet. Der Magistrat wird aber vierteljährlich die laufenden Unterhaltungen Bericht erstatten. Auch wird den Stadtverordneten das Recht zugesprochen, zu den Sitzungen des Magistrats in welchen über Armenwesen beraten wird, Deputirte zu entsenden. Eine Armendeputation soll bis zum 1. September e. eingerichtet werden. Zur Neupflasterung von Straßen werden 1000 Mark bewilligt, welche mit jedesmaliger Bewilligung der Stadtverordneten zu verwenden sind. In diesen Stückchen war eine Verständigung mit dem Magistrat erzielt worden. Während der Magistrat nun auch das Recht, die öffentlichen Titel im Etat unter einander übertragen zu dürfen, beantragt, lehnte die Kommission und so auch die Versammlung diesen Antrag ab. Im Etatsjahre 1878/79 waren für Bureaubedürfnisse 7000 M. aufgewendet worden. Der Magistrat beansprucht jetzt bei der Bewilligung 6150 M. bewilligt. Für die Lehrerbibliothek bei der hiesigen Mädchenschule werden 50 M. ausgesetzt. In Rücksicht auf die Vergrößerung der Wege wird bestimmt, daß dieselben fortan mit Weidenpfläzchen bepflanzt werden. An Kommunalsteuer sind ca. 58,000 M. aufzubringen. Die Beamten steuern bei einem Gesamteinkommen von ca. 672,000 M. nur über 8000 M. zu derselben bei. Der Prozentsatz der von der Staatssteuer zu erhebenden Kommunalsteuer wird auf 195 pCt. festgesetzt. Das Extraordinarium wird von 2000 M. ermäßigt. Da der Magistrat zum Trottoir z. v. v. Darlehen von 250,000 M. aufnehmen beabsichtigt — Justizrath v. bed in Gnesen hat sich zur Vergabe desselben gegen 4—4 pCt. abgelehnt — wird auf Wunsch des Magistrats eine gemischte Kommission acceptirt. Seitens der Stadtverordneten werden in dieselbe gewählt: Wichert, Markwald (Stellvertreter), Kopske, Sellwig, Andrich, Munt.



165 M. B. — Regulierungspreis 176 M., Transit 168 M. Erbsen  
loko polnische Futter- Transit 144, 145 M. pr. Tonne bezahlt. —  
Erbsen loco 62 M. B.



Produkten-Börse.

Berlin, 7. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich, raub.  
Weizen per 1000 Kilo loco 207-238 M. nach Qualität ge-  
fordert, W. Poln. m. Ger. 216 M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer  
— M. ab Bahn bez., per Juni 225-226-225½ bez., per Juni-Juli  
222-223½-223 M. bez., per Juli-August 209½-211-210½ M. bez.,  
per September-Oktober 204-206-205½ M. bez., per Oktober-November  
— bez., per November-Dezember — bez. Gefündigt 11,000 Zentner.  
Regulierungspreis 225½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loco 189  
bis 204 M. nach Qualität gefordert, Ruffischer 192 a. B. bez., inlän-  
discher 202 M. ab Bahn bezahlt, Hochfein — M. ab B. bez., feiner  
— M. f. B. bezahlt, per Juni 189½-187-188 bez., per Juni-Juli  
182½-180½-182 M. bez., per Juli-August 174-175 M. bez., per  
August-Septbr. — M. bez., per Septbr.-Oktbr. 170-169½-170½-170  
M. bez. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 183 M. bez. —  
Gerste per 1000 Kilo loco 160-203 nach Qual. gefordert. — Hafer  
per 1000 Kilo loco 150-170 M. nach Qualität gefordert, Ruffischer  
151-160 bez., Pommerischer 163-165 bez., Ost- und Westpreussischer  
— bez., Schlesischer 163-165 bez., Böhmer 163-165 bez., Galizischer  
— bez., per Juni 153 M. bez., per Juni-Juli 151-152½-152 M. bez.,  
per Juli-August 149½-152-151½ M. bez., per August-Sept. — bez.,  
per September-Oktober 148 M. bez. Gefündigt 11,000 Zentner.  
Regulierungspreis 153 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare  
177-205 M., Futterwaare 168-176 M. — Mais per 1000 Kilo  
loco 140-143 M. bez. nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bez.,  
Amerikan. 140-141 ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo  
brutto, 00: 31,50-29,00 M., 0: 29,50-28,00 M., 0/1: 28,00 bis  
27,00 M. — Roggenmehl inclusive Sack, 0: 27,00-26,00 M.,  
0/1: 26,00-25,00 M., per Juni 26,30 M. bezahlt, per Juni-Juli  
25,70-26 M. bez., per Juli-August 25-25,10 M. bez., per August-

September — bez., per September-Oktober 24,30-25,50 M. bez., per  
Oktober-November 24,00-24,20 M. bezahlt, per November-Dezember  
23,80-24,00 M. bez. Gefündigt — Ztr. Regulierungspreis — bez.  
— Deliaar per 1000 Kilo Winterweizen 170-205 M. S./D. — bez.,  
N./D. — bez., Winterweizen 160-168 M. S./D. — bez., N./D. — bez.,  
— Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 55,1 M., flüssig — M.,  
mit Fass 55,5 M., per Juni 55,3-55,5 M., per Juni-Juli 55,3  
bis 55,5 M. bez., per Juli-August 56,3-56,5 M. bez., per August  
— M. bez., per September-Oktober 57,6-57,8 M. bez., per Oktober-  
November 57,9-58,1 M., per November-Dezember 58,3-58,4 M. bez.  
Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 55,3 Mark bezahlt.  
Leinöl per 100 Kilo loco 64 M. — Petroleum per 100 Kilo  
loco 24,2 M. bez., per Juni 24,0 M. bez., per Juni-Juli — M., per  
Juli-August — M. bez., per September-Oktober 24,8-25,0 M. bez.,  
per Oktbr.-Novbr. — bez. Gefündigt 200 Zentner. Regulierungspreis  
24 M. bez. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 65,9-66,0  
M. bez., per Juni 65,6-65,5 M. bez., per Juni-Juli 65,6-65,3-65,4  
M. bez., per Juli-August 65,6-65,3-65,4 M. bez., per August-  
September — bez., per September-Oktober 60-59,9-60 M. bez., per  
Oktober-November — bez. Gefündigt 60,000 Liter. Regulierungspreis  
65,5 M. bez.

Breslau, 7. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)  
Roggen: (per 2000 Pfund.) steigend, Gefündigt —, Ren'ne,  
Abgel. Adgich. —, per Juni 190, — Br., per Juli 188-188,50 bez. per  
Juni-Juli 188-188,50 bez. per Juli-August 173,50-176,50 bez. per  
August-September 174 bez. u. Gd. per September-Oktober 167 bis  
169 bez.  
Weizen: Gefündigt —, Str. per Juni 222, — Br. per Juni-  
Juli 222 Br. per Juli-August 218 Br.  
Petroleum: per 100 Kilo loco 25,50 Br. per Juni 25,50 Br.

Spiritus: fester, Gefündigt 10,000 Liter Loko —, per  
Juni 63,30-63,40 bez. Gd. per Juni-Juli 63,30-63,40 bez. u. Gd.  
per Juli-August 63,70 Gd. per August-September 63 bez. u. Gd.  
per September-Oktober 58,10 Gd.  
Zinf: ohne Umsatz.

Stettin, 7. Juni. (An der Börse.) Wetter: Veränderlich.  
+ 13 Grad N., Barometer 28. Wind: SW.  
Weizen höher, per 1000 Kilo loco gelber inl. 213-221 M., weißer  
217-222 M., per Juni 220 M. bz., per Juni-Juli 217-218 M. bez.,  
per Juli-August — M. nom., per September-Oktober 203,5 M. bez.,  
— Roggen steigend, per 1000 Kilo loco inländischer 191-195 M.,  
russischer 186-191 M., per Juni 190 M. bz. u. G., per Juni-Juli 179  
bis 180-179,5 M. bez., per Juli-August 170-171,5 M. bez., per  
September-Oktober 165,5-167-166,5 M. bez., Oktober-November —  
M. bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer fest, per 1000 Kilo loco  
Pommerischer 151-155 M. bez., Ruffischer 147-152 M. — Erbsen  
ohne Handel. — Winterweizen höher, per 1000 Kilo per September-  
Oktober 264 M. Br., 263 M. Gd., per Oktober-November — M.  
— Rübsöl behauptet, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten  
55,5 M. Br., per Juni 54,5 M. bez., per Juni-Juli 54,5 M. Br., per  
September-Oktober 57 M. Br., per Oktober-November — M. Br.  
— Spiritus fester, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 63,7 M. bez.,  
per Juni und Juni-Juli 63,8-64,1 M. bez., 64 M. Br. u. Gd., per  
Juli-August 64,3-64,5 M. bez., Br. u. Gd., per August 65,1 M. bez.,  
per August-September 63,8-64 M. bez., Br. u. Gd., per September-  
Oktober 58,7 M. bez., Br. u. Gd., per Okt.-Nov. — bez. — Ange-  
meldet: 20,000 Liter Spiritus. — Regulierungspreise: Weizen 220 M.  
Roggen 190 M., Rübsöl 54,5 M., Spiritus 64 M., — Petroleum loco  
7,65 M. trans. bez., alte Usanz 7,9 M. tr. bez., Regulierungspreis 7,65  
Mark. (Dm. 3to.)

Berlin, 7. Juni. Die Vorwoche hatte wenig fest geschlossen;  
nach mütter eröffniete die heutige Börse. Von außerhalb lagen meistens  
herabgeleitete Kurse vor, denen jedoch wohl weniger Einfluss gestattet  
ward, als dem fast vollständigen Mangel äußerer Anregung. Die  
Spekulation befindet sich in großer Rathlosigkeit, welcher Richtung sie  
folgen soll. Die Baisse erscheint allerdings weniger vorthelhaft, aber  
entspricht augenblicklich der Stimmung einer großen Anzahl von  
Spekulanten, welche daher die Kurse durch Blanko-Abgaben zu werfen  
eilen. Besonders wurden Kreditaktien rasch um einige Mark herunter-  
geschrien; im Anschluß daran erlagen auch Diskonto-Kommandit-  
Anteile einem Kursdruck von 1½ Prozent und der Bankaktienmarkt

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 7. Juni 1880.  
Preussische Fonds- und Geld-  
Cours.

Consol. Anleihe	4 1/2	105,90	b3
do. neue 1876	4	100,10	b3
Staats-Anleihe	4	100,00	G
Staats-Schuldch.	3 1/2	96,60	b3
Do. Deichh.-Dbl.	4 1/2	103,70	b3
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	103,70	b3
do. do.	3 1/2	94,10	G
Schuld. d. B. Rm.	4 1/2	101,50	G
Pfandbriefe:			
Berliner	5	108,50	b3
do. neue	4 1/2	103,80	G
Randisch. Central	4	99,70	b3
Kurs- u. Neumarkt	3 1/2	93,00	G
do. neue	3 1/2	91,70	G
do. do.	4	100,20	G
N. Brandb. Cred.	4 1/2	91,25	G
Ostpreussische	3 1/2	99,50	B
do. do.	4	101,70	B
Pommerische	3 1/2	91,25	b3
do. do.	4	99,70	b3
do. do.	4 1/2	102,60	G
Potensche, neue	4	99,80	b3
Sächsische altl.	3 1/2	100,00	G
do. alte A. u. C.	4	99,70	b3
do. neue A. u. C.	4	100,50	b3
Westpr. ritterich.	3 1/2	92,50	b3
do. do.	4	99,70	b3
do. do.	4 1/2	100,50	b3
Rentenbriefe:			
Kurs- u. Neumarkt	4	100,10	G
Pommerische	4	100,00	G
Potensche	4	99,80	G
Preussische	4	99,90	G
Rhein- u. Westf.	4	100,00	G
Sächsische	4	100,00	G
Schlesische	4	100,40	G

Souveraignes	20,40	b3
20-Francstüde	16,18	b3
do. 500 Gr.		
Dollars	4,21	G
Imperial	16,67	G
do. 500 Gr.	1294,00	G
Fremde Banknoten		
do. einlös. Leipz.	80,95	b3
Frankf. Banknot.	173,05	b3
Deut. Banknot.		
do. Silbergulden	215,95	b3
Aust. Noten 100 Rbl.		

R. v. 55 a 100 Th.	143,00	b3
Gef. Pr. v. 40 Th.	280,00	G
Bad. Pr. v. 67.	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	176,75	G
Bair. Pr. v. 1874	135,00	b3
Braunsch. 20 Thl. 2	100,00	b3
Brem. Ant. v. 1874	98,90	b3
Edin. Rd. Pr. Ant.	132,90	b3
Holl. St. Pr. Ant.	126,10	b3
Gotth. Pr. v. 1874	118,50	b3
do. II. Abth.	116,90	b3
Gr. Pr. v. 1866	187,75	b3
Lubeder Pr. Ant.	186,25	b3
Mecklenb. Eisenb.	91,30	b3
Reminger Loose	27,30	G
do. Pr. v. 1874	123,75	G
Oldenburg. Loose	153,50	b3
R. v. 55 a 100 Th.	107,25	b3
do. do.	103,80	b3
Trich. Hypoth. ant.	101,20	b3
do. do.	101,10	b3
Mein. Sup. v. 1874	100,75	b3
Red. Grod. v. 1874	99,80	G
do. Sup. v. 1874	99,25	b3

Deutsche Fonds.		
R. v. 55 a 100 Th.	143,00	b3
Gef. Pr. v. 40 Th.	280,00	G
Bad. Pr. v. 67.	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	176,75	G
Bair. Pr. v. 1874	135,00	b3
Braunsch. 20 Thl. 2	100,00	b3
Brem. Ant. v. 1874	98,90	b3
Edin. Rd. Pr. Ant.	132,90	b3
Holl. St. Pr. Ant.	126,10	b3
Gotth. Pr. v. 1874	118,50	b3
do. II. Abth.	116,90	b3
Gr. Pr. v. 1866	187,75	b3
Lubeder Pr. Ant.	186,25	b3
Mecklenb. Eisenb.	91,30	b3
Reminger Loose	27,30	G
do. Pr. v. 1874	123,75	G
Oldenburg. Loose	153,50	b3
R. v. 55 a 100 Th.	107,25	b3
do. do.	103,80	b3
Trich. Hypoth. ant.	101,20	b3
do. do.	101,10	b3
Mein. Sup. v. 1874	100,75	b3
Red. Grod. v. 1874	99,80	G
do. Sup. v. 1874	99,25	b3

Deutsche Fonds.		
R. v. 55 a 100 Th.	143,00	b3
Gef. Pr. v. 40 Th.	280,00	G
Bad. Pr. v. 67.	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	176,75	G
Bair. Pr. v. 1874	135,00	b3
Braunsch. 20 Thl. 2	100,00	b3
Brem. Ant. v. 1874	98,90	b3
Edin. Rd. Pr. Ant.	132,90	b3
Holl. St. Pr. Ant.	126,10	b3
Gotth. Pr. v. 1874	118,50	b3
do. II. Abth.	116,90	b3
Gr. Pr. v. 1866	187,75	b3
Lubeder Pr. Ant.	186,25	b3
Mecklenb. Eisenb.	91,30	b3
Reminger Loose	27,30	G
do. Pr. v. 1874	123,75	G
Oldenburg. Loose	153,50	b3
R. v. 55 a 100 Th.	107,25	b3
do. do.	103,80	b3
Trich. Hypoth. ant.	101,20	b3
do. do.	101,10	b3
Mein. Sup. v. 1874	100,75	b3
Red. Grod. v. 1874	99,80	G
do. Sup. v. 1874	99,25	b3

Deutsche Fonds.		
R. v. 55 a 100 Th.	143,00	b3
Gef. Pr. v. 40 Th.	280,00	G
Bad. Pr. v. 67.	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	176,75	G
Bair. Pr. v. 1874	135,00	b3
Braunsch. 20 Thl. 2	100,00	b3
Brem. Ant. v. 1874	98,90	b3
Edin. Rd. Pr. Ant.	132,90	b3
Holl. St. Pr. Ant.	126,10	b3
Gotth. Pr. v. 1874	118,50	b3
do. II. Abth.	116,90	b3
Gr. Pr. v. 1866	187,75	b3
Lubeder Pr. Ant.	186,25	b3
Mecklenb. Eisenb.	91,30	b3
Reminger Loose	27,30	G
do. Pr. v. 1874	123,75	G
Oldenburg. Loose	153,50	b3
R. v. 55 a 100 Th.	107,25	b3
do. do.	103,80	b3
Trich. Hypoth. ant.	101,20	b3
do. do.	101,10	b3
Mein. Sup. v. 1874	100,75	b3
Red. Grod. v. 1874	99,80	G
do. Sup. v. 1874	99,25	b3

Deutsche Fonds.		
R. v. 55 a 100 Th.	143,00	b3
Gef. Pr. v. 40 Th.	280,00	G
Bad. Pr. v. 67.	133,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	176,75	G
Bair. Pr. v. 1874	135,00	b3
Braunsch. 20 Thl. 2	100,00	b3
Brem. Ant. v. 1874	98,90	b3
Edin. Rd. Pr. Ant.	132,90	b3
Holl. St. Pr. Ant.	126,10	b3
Gotth. Pr. v. 1874	118,50	b3
do. II. Abth.	116,90	b3
Gr. Pr. v. 1866	187,75	b3
Lubeder Pr. Ant.	186,25	b3
Mecklenb. Eisenb.	91,30	b3
Reminger Loose	27,30	G
do. Pr. v. 1874	123,75	G
Oldenburg. Loose	153,50	b3
R. v. 55 a 100 Th.	107,25	b3
do. do.	103,80	b3
Trich. Hypoth. ant.	101,20	b3
do. do.	101,10	b3
Mein. Sup. v. 1874	100,75	b3
Red. Grod. v. 1874	99,80	G
do. Sup. v. 1874	99,25	b3

lag überhaupt matt. Etwas besser hielten sich Bahnaktien; doch  
büßten auch Franzosen und Lombarden Kleinigkeiten ein, so wie auch  
schlesische Devisen. Die Gasse am Getreidemarkte beunruhigte den  
Eisenbahn-Aktienmarkt und verstimmt das gesammte Effectengeschäft.  
Daneben wurden auch die Nachrichten über Zahlungsstörungen und  
Betriebsstörungen in den Vereinigten Staaten von Amerika als  
ungünstige Umstände aufgefaßt und benutzt, um einen Druck auf die  
Bergwerkspapiere auszuführen. Dies gelang auch besonders bei Laura-  
hütte und Dortmund Union, welche an 1½ Prozent einbüßten. Ganz  
besonders ungünstig wirkte noch die Befürchtung, daß die Gasse in  
ungarischer Goldrente bald ihren Abbruch finden werde. In Paris

Bank- u. Kredit-Aktien.  
Bayerische Bank 4 106,50 G  
Bf. Rheinl. u. Westf. 4 40,50 G  
Br. f. Sprit u. Br. 4 47,50 b3  
Berl. Handels-Gez. 4 103,25 b3  
do. Kassens-Verein 4 169,50 B  
Breslauer Dis. u. K. 4 91,00 G  
Centralb. f. B. 4 13,00 B  
Centralb. f. S. u. G. 4 87,25 b3  
Coburger Credit-B. 4 96,50 B  
Cöln. Wechselbank 4 143,40 b3  
Danziger Privatb. 4 106,25 G  
Darmstädter Bank 4 78,00 B  
do. Jettelbank 4 119,00 G  
Deutscher Credit 4 136,10 b3  
do. Genossensch. 4 110,30 G  
do. Hyp.-Bank 4 91,60 G  
do. Reichsbank 4 148,90 b3  
Disconto-Comm. 4 169,25 b3  
Geraer Bank 4 83,25 b3  
do. Handelsb. 4 54,25 G  
Gothaer Privatb. 4 102,00 b3  
do. Grundcred. 4 93,00 b3  
Hypothek. (Hübner) 4 101,90 b3  
Königsb. Vereinsb. 4 144,00 B  
Leipziger Creditb. 4 94,00 B  
do. Discontob. 4 110,50 B  
Magdeb. Privatb. 4 64,00 G  
Medlb. Bodencr. fr. 4 74,00 b3  
do. Hypoth.-B. 4 94,25 G  
Meining. Creditb. 4 91,60 G  
do. Hypothekensb. 4 97,50 G  
Niederlausitzer Bank 4 157,00 G  
Norddeutsche Bank 4 52,50 b3  
Nordb. Grundcredit 4 95,50 G  
Petersb. Intern. B. 4 67,50 G  
Posen. Landwirthsch. 4 112,00 b3  
Posener Br. u. Banf 4 91,50 b3  
Posener Spiritaktien 4 128,40 b3  
Preuss. Bank-Anth. 4 104,00 B  
do. Bodencredit 4 75,60 b3  
do. Centralb. 4 118,30 b3  
do. Hyp.-Spielb. 4 85,00 b3  
Produkt.-Handelsb. 4 104,75 G  
Sächsische Bank 4 130,25 G  
Schaffhaus. Bank 4 130,25 G  
Schlef. Bankverein 4 130,25 G  
Südd. Bodencredit 4 130,25 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.  
Aachen-Mastricht 4 31,75 b3  
Altona-Kiel 4 156,60 b3  
Bergisch-Märkische 4 108,90 b3  
Berlin-Anhalt 4 116,90 b3  
Berlin-Dresden 4 18,90 b3  
Berlin-Görlitz 4 25,00 b3  
Berlin-Hamburg 4 212,00 b3  
Brl.-Potsd.-Magd. 4 99,20 b3  
Berlin-Stettin 4 115,40 b3  
Bresl.-Schw.-Frbg. 4 108,00 b3  
Cöln-Minden 6 147,50 b3  
do. Lit. B. 4 24,50 b3  
Galle-Sorau-Guben 4 29,90 b3  
Hann.-Altenb. 4 147,40 b3  
do. II. Serie 4 29,90 b3  
Märkisch-Posener 4 147,40 b3  
Magd.-Halberstadt 4 99,80 B  
Magdeburg-Leipzig 4 99,30 b3  
do. Lit. B. 4 26,25 b3  
do. Lit. C. 5 153,00 b3  
Münster-Hamm 4 58,00 b3  
Niedersch.-Märk. 4 99,30 b3  
Nordhausen-Erfurt 4 26,25 b3  
Oberchl. Lit. A. u. C. 3 185,60 b3  
do. Lit. B. 3 153,00 b3  
do. Lit. C. 5 58,00 b3  
Ostpreuss. Südbahn 4 139,90 b3  
Rechte Oderufer 4 158,80 b3  
Rheinische 4 99,10 b3  
do. Lit. B. v. St. gar. 4 17,25 b3  
do. Lit. C. 4 103,00 B  
Thüringische 4 159,40 b3  
do. Lit. B. v. St. gar. 4 98,75 b3  
do. Lit. C. v. St. gar. 4 105,50 b3  
Weimar-Geraer 4 52,00 b3

Albrechtsbahn 5 27,50 b3  
Amsterd.-Rotterd. 4 122,00 b3  
Aussig-Leplitz 4 200,50 b3  
Böhm. Westbahn 5 96,40 b3  
Brest-Grajewo 4 69,75 b3  
Brest-Kiew 4 82,10 b3  
Dux-Bodenbach 5 72,60 b3  
Elisabeth-Westbahn 5 114,90 b3  
Rat. Franz. Joseph 5 53,00 b3  
Gal. (Kar. Ludwig) 6 55,00 b3  
Gothard-Bahn 5 55,00 b3  
Rajchau-Derberg 4 203,00 b3  
Ludwigsb.-Verbach 4 15,10 b3  
Lüttich-Limburg 4 98,80 b3  
Mainz-Ludwigsh. 4 27,50 b3  
Oberhess. v. St. gar. 4 296,00 b3  
Deutr.-fr. Staatsb. 5 55,75 b3  
do. Nordw.-B. 5 68,25 b3  
Reichenb.-Pardubitz 4 55,90 b3  
Kronpr. Rud.-Bahn 5 143,75 G  
Rias-Bynas 4 24,80 b3  
Rumänier 4 21,40 b3  
Russ. Staatsbahn 5 88,75 G  
Schweizer Unionb. 4 88,75 G  
Schweizer Westbahn 4 88,75 G  
Südösterr. (Lomb.) 4 88,75 G  
Tarnau-Prag 5 88,75 G  
Tarnob.-Prag 5 88,75 G  
Warchau-Wien 4 252,00 b3

Industrie-Aktien.  
Brauerei Pilsener 4 139,00 G  
Damenb. Rattun. 4 65,00 b3  
Deutsche Bauges. 4 4,70 b3  
Dtsch. Eisenb.-Bau 4 57,50 b3  
Dtsch. Stahl- u. Eis. 4 9,50 G  
Donnersmarchhütte 4 33,50 b3  
Dortmunder Union 4 36,00 b3  
Egelsch. Masch.-Akt. 4 59,00 b3  
Erbsen- u. Kojm. Nöh. 4 115,75 b3  
Georg-Marienhütte 4 90,00 b3  
Gibernia u. Chamr. 4 84,70 b3  
Immobilien (Berl.) 4 81,00 G  
Krampt. Leinen-B. 4 97,25 G  
Krauchhammer 4 36,00 b3  
Laurahütte 4 139,60 b3  
Luzit-Lies-B. Rom. 4 56,10 b3  
Magdeburg-Bergm. 4 125,25 G  
Marienhüt. Bergm. 4 70,50 G  
Menden u. Schw. B. 4 80,00 b3  
Oberchl. Eis.-Beb. 4 54,00 b3  
Ostend 4 72,00 b3  
Phönix B.-M. Lit. A. 4 38,00 b3  
Phönix B.-M. Lit. B. 4 173,00 B  
Reichenhüt. conf. 4 86,75 B  
Rhein.-Nass. Bergm. 4 24,00 G  
Rhein.-Westf. Ind. 4 7,30 G  
Stobwasser Lampen 4 48,00 b3  
u. d. den Linden 4 48,00 b3  
Wölkner Maschinen 4 48,00 b3

Stettin, 7. Juni. (An der Börse.) Wetter: Veränderlich.  
+ 13 Grad N., Barometer 28. Wind: SW.  
Weizen höher, per 1000 Kilo loco gelber inl. 213-221 M., weißer  
217-222 M., per Juni 220 M. bz., per Juni-Juli 217-218 M. bez.,  
per Juli-August — M. nom., per September-Oktober 203,5 M. bez.,  
— Roggen steigend, per 1000 Kilo loco inländischer 1